

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/198

Bonn, den 28. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Überschneidungen oder Richtungskämpfe? ----- Unerfreuliche Begleiterscheinungen bei der neuen ausenpolitischen Aktivität in Bonn	46
2	Griff in fremde Kassen ----- Ausgleich des Bundeshaushaltes auf Länderkosten?	41
3 - 4	Abgestufte Abrechnung ----- Strauss und die Atomwaffenstrategie Von Senator Heimut Schmidt, Hamburg	83
5 - 5a	Von Cadenabbia kommt die Kunde ... ----- Kanzlerpolitik bleibt zwielfichtig	75
6 - 7	Entlarvte SED-Propagandaplattform ----- Bemerkungen zum ostzonalen Pfarrertag Von E. Zachmann, Berlin	50
	Glosse: -----	
7	Amateurstrategisches -----	30

Chefredakteur Günter Markscheffel

### Überschneidungen oder Richtungskämpfe ?

#### Unerfreuliche Begleiterscheinungen bei der neuen ausenpolitischen Aktivität in Bonn.

G.M. - In dieser Woche hat Bonn eine erstaunliche ausenpolitische Aktivität erlebt. West- und Ostpolitik sind plötzlich in Bewegung geraten, und Pläne, die seit Monaten in Vergessenheit geraten zu sein schienen, erblickten plötzlich wieder das Licht des Tages.

Vom Westen her, aus Paris, kam die Kunde, Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Dr. Adenauer wollten Paris und Bonn nunmehr zu einer festen Gemeinschaft auf politischer, kultureller und militärischer Ebene zusammenführen. Die Regierungschefs Frankreichs und der Bundesrepublik, sowie die einschlägigen Ressortminister, sollten sich in regelmässigen Abständen treffen und das Band der Freundschaft in gemeinsame politische Taten umsetzen. Inwieweit hierbei die europäischen Integrationsverträge berücksichtigt werden, ist nach den bisher bekanntgewordenen Zweierplänen noch nicht ganz klar. Am Bedeutsamsten erscheint jedoch, nach den bisherigen Andeutungen in Paris und Bonn zu urteilen, der Hinweis auf die enge militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, zumal in diesem Zusammenhang auch von "gemeinsamen Forschungsvorhaben" die Rede ist.

Das alles war zu erwarten, denn schon anlässlich des Staatsbesuchs von Dr. Adenauer in Paris, Anfang Juli dieses Jahres, sprach man von "besonderen militärischen Vereinbarungen", ohne allerdings der aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit Näheres darüber mitzuteilen.

Der "Blick nach Osten" scheint ebenfalls Neuland entdeckt zu haben. Die 1961 von Bundestag einstimmig gebilligten Vorschläge des Jaksch-Berichtes über die Möglichkeit der Intensivierung und Verbesserung von bundesrepublikanischen Ostbeziehungen werden erneut öffentlich diskutiert. Zwar hat Bundesaußenminister Dr. Schröder um Diskretion gebeten, doch ist immerhin soviel bekanntgeworden, daß mit Wissen und Billigung der Bundesregierung bereits seit Monaten in einigen osteuropäischen Hauptstädten industrielle Fühler ausgestreckt wurden.

Nur ist es an sich erfreulich, daß in dieser Bundesrepublik überhaupt etwas geschieht. Unerfreulich ist dagegen die Methode, deren sich einzelne Binghamite zu bedienen belieben, um diese oder jene Art von Aussenpolitik der deutschen und internationalen Öffentlichkeit schmackhaft zu machen.

Bei einer Analyse der zahlreichen in der deutschen Presse erschienenen Kommentare zu den erwähnten Ereignissen ist festzustellen, daß entweder "Überschneidungen" in der Linienführung der Aussenpolitik zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Aussenministerium vorhanden sein müssen, oder daß Richtungskämpfe in der einzelnen Ämtern mit Hilfe von gewollten Indiskretionen ausgetragen werden. Beides wäre schlecht und abträglich den deutschen Interessen.

Es ist daher zu empfehlen, daß die Verantwortlichen ihren Mitarbeitern Zügel anlegen und ihnen begreiflich machen, wie uninteressant es ist, ob diese oder jene Richtung im Amt "Recht" behält. Die deutsche Aussenpolitik wird nur dann die vor ihr stehenden Aufgaben meistern können, wenn ein Höchstmaß von Geschlossenheit erreicht wird.

### Griff in fremde Kassen

sp - Es muß ziemlich turbulent auf der letzten Sitzung des Bundeskabinetts zugegangen sein. Zur Beratung stand der Haushaltsetat des Bundes für das Jahr 1963. Wer sich kraft stürkerer Ellenbogen gegen wen durchsetzte, bleibt bis zur Weiterreichung der Haushaltsvorlage an den Bundesrat zunächst ein Geheimnis. Dies soll am 4. Oktober gelüftet werden, dann bekommen die Haushaltsexperten das Wort. Ihnen stehen heiße Arbeitstage bevor.

Bundesfinanzminister Starke hat inzwischen als der "eiserne Mann", der die Ressortwünsche seiner Kollegen rücksichtslos beschneidet, Milliardenbeträge durch den Rotstift wieder vom Tisch hinweggefegt, einige Vorschußlorbeeren erhalten. Er möchte als der sparsamste Bundesfinanzminister in die Geschichte eingehen. Nun, es wird sich noch zeigen, ob er wirklich entschlossen ist, "eisern" an den vorgescherten Ausgaben von 56,8 Milliarden DM festzuhalten. Aber noch wichtiger wird es für den Bundesbürger sein, zu erfahren, wo und auf welchen Gebieten der berühmte Rotstich sein Kürzungswerk verrichtete. Vielleicht befinden sich lebenswichtige Mehrforderungen darunter, die keine Streichung vertragen.

Eine Auseinandersetzung aber jedoch ist schon voll im Gange und wird von beiden Seiten lautstark geführt. Bund und Länder liegen sich wieder einmal in den Haaren. Anlass für den neu entflammten Streit ist das Begehren des Bundesfinanzministers, die Länder sollen wiederum, wie schon beim letzten Bundesetat, die fehlende Lücke aus ihren Mitteln decken. Für den Etat 1963 soll diese Lücke fast zwei Milliarden betragen.

Es spricht nicht gerade von Respekt für die föderalistische Verfassung unserer Bundesrepublik, wenn man, ohne zunächst einmal mit den Betroffenen darüber zu verhandeln, souverän über deren Mittel zur Deckung der eigenen Ausgaben verfügen will. Den Ruhm, über einen ausgeglichenen Haushalt zu verfügen, sollen die Länder bezahlen. Wird der Griff nach den Länderkassen, ohne daß man vorher auf dem Wege eines glücklichen Ausgleichs - mit dem Blick auf das G a n z e - eine Verständigung mit den Ländern versucht, zur Methode? Ein guter Stil ist das gewiss nicht!

Abgestufte Abschreckung

Von Senator Helmut Schmidt

Seit vielen Monaten übt der deutsche Verteidigungsminister Kritik an amerikanischen strategischen Vorstellungen. Soweit Auseinandersetzungen zwischen Verteidigungsministern verbündeter Staaten hinter verschlossenen Türen geführt werden, so weit ist gegen diese Tatsache nichts einzuwenden - so weit sie öffentlich geführt werden, können sie das gegenseitige Vertrauen gefährden. Höhepunkte der öffentlich geführten anti-amerikanischen Polemik waren ein Aufsatz des Strauß-Intimus Schmückle in "Christ und Welt" und ein Strauß-Interview in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Ein Kernpunkt des Streites ist Straussens Forderung auf ein nukleares Mitbestimmungsrecht nicht nur in taktischer, sondern auch in strategischer Dimension. Die Amerikaner haben es ihm bisher genauso verweigert, wie dem Präsidenten de Gaulle. Ihre Gründe waren wohlüberlegte Gründe. Auf plumpe Verdächtigungen nach dem Motto: "daß es in der Konsequenz, wenn nicht in der Absicht der amerikanischen Strategie liegt einen Krieg in Europa wieder möglich zu machen" oder auf Straussens öffentliche Bemerkung "die Strategie des Bündnisses zur Verhinderung des Krieges muß erhalten bleiben" haben sie deshalb mit Recht bitter reagiert. Denn weder wollen sie einen Krieg ermöglichen, noch denken sie an eine Aufgabe des Grundgedankens der Abschreckung, nämlich einen Krieg zu verhindern.

Schmückle - kein legitimierter

Gesprächspartner

Die amerikanischen Analysen können gleichwohl nicht in allen Punkten schlüssig, ihre Schlussfolgerungen nicht konsequent oder nicht vollständig sein - darüber sollte man miteinander in Sorgfalt reden können. Dies hat ein antwortender Minister jedoch nicht über die Feder oder die Zunge eines amtlich Angestellten Hofjournalisten und Leibpropagandisten zu tun, der zum berechtigten Ärger der Bundeswehr den Rechtsstatus eines aktiven Obersten genießt. Man sollte es auch nicht durch ihn plagierende Artikel in Parteipressediensten tun, deren Verfasser ungenannt bleiben. Bekanntlich handelt es sich ja um eine Materie, die man wegen ihres Ernstes nach den Worten Clemenceaus nicht den Generalen allein überlassen darf, schon gar nicht den Presseoffizieren. Trotz hervorragender Intelligenz ist Herr Schmückle einstweilen kein legitimierter Partner im Gespräch - auch nicht im innerdeutschen Gespräch.

Warum geht aber die Auseinandersetzung mit Herrn Strauss? Die Auseinandersetzung darf nicht darum gehen, daß der alte Streit um die Atom-Bewaffnung der Bundeswehr neu aufgewärmt werden soll. Das würde nur dem Osten nützen. Die deutschen Soldaten, ebenso die Holländer, die Belgier usw. haben heute Waffen, aus denen sie atomare Geschosse verschießen können. Die Geschosse selbst sind unter amerikanischer Kontrolle, ebenso bei den Holländern, Belgiern, usw. Die Amerikaner haben nicht die Absicht, das Gesetz aufzuheben, wonach der US-Regierung diese Kontrolle

vorgeschrieben ist. Es geht auch nicht darum, daß die atomare Rüstung der NATO oder ihrer Bündnisgenossen insgesamt verringert werden soll. Diese Rüstung ist nötig, solange auch der Osten sie besitzt.

### Waffen auf allen Stufen

Worum es geht: Die NATO und ihre Bündnisgenossen müssen nicht nur moderne Atomwaffen von strategischer und taktischer Bedeutung haben, sondern in ausreichender Zahl auch moderne Panzer, Stalinorgeln, taktische Flugzeuge für das Gefechtsfeld und für die Luftverteidigung und die zugehörigen Soldaten für alle diese Waffen, denn wir müssen auf allen Stufen einer theoretisch möglichen Kriegführung die andere Seite von kriegerischen Abenteuern abschrecken. Dazu braucht der Westen ausreichende Waffen auf allen Stufen. Atomwaffen haben wir zur Zeit genug. An allem anderen mangelt es jedoch, deshalb muss zur Zeit dieser Bereich der "konventionellen Rüstung" besonders gefördert werden.

Damit wird allerdings der Bereich der atomaren Rüstung nicht entbehrlich. Europa darf aber heute nicht Arbeit, Ausbildung, Geld und Zeit in überflüssige Atomwaffen investieren, solange bei den konventionellen Verbänden der Armeen und Luftwaffen sowie im Zivilschutz noch ein dringender Nachholbedarf besteht.

Nur mit konventionellen Waffen kann man die andere Seite von einer militärischen Nadelstich- und Salamtaktik zurückschrecken. Denn wegen kleinerer oder mittlerer Übergriffe wird niemand die Einleitung eines Atomkrieges verantworten wollen. Wer also einen Krieg à la Korea nicht zulassen will, der muß ausser Atomwaffen vor allem genug Soldaten einsatzbereit halten.

Der Westen hat dabei nicht nötig, zahlenmäßig mit den Sowjets gleichzuziehen. Das Mißverhältnis muß jedoch gemildert werden. Alle Partner der Allianz müssen dabei nach ihren Möglichkeiten mitwirken. Dies ist zur Zeit viel wichtiger und dient dem Frieden besser, als der Versuch einiger Deutschen und Franzosen zur mystischen Verabsolutierung atomarer Strategie. Auf dem Felde der atomaren Strategie können die Amerikaner allein das Gleichgewicht zum Osten halten.

### Es geht um die Vertrauensgrundlage

Wer aber der amerikanischen Entschlußkraft mißtrauen wollte, der sollte sich Klarheit darüber verschaffen, daß er in Wahrheit schon dem ganzen Bündnis kein ausreichendes Vertrauen mehr schenkt. Für diesen Fall jedoch hilft ihm auch nicht, die Sache auch notfalls ohne Amerikas Entschluß ausfechten zu wollen, denn das ginge über Europas Vermögen weit hinaus. Auch würden viele Regierungen Europas dabei nicht mitmachen. Die Wiederherstellung vollen gegenseitigen Vertrauens ist deshalb eine überragende politische Aufgabe.

Zum Schluß und am Rande: Strategie ist und bleibt eine Sache der Politik und Staatskunst - siehe Clausewitz. In der Sowjetunion handelt man Genach. Die CSU ermahne bitte ihre Artikel-Schreiber, sich daran ein Beispiel zu nehmen.

Von Cadenabbia kommt die Kunde ...

sp - Cadenabbia, die zweite Residenzstadt für Bundeskanzler Dr. Adenauer, ist zum Zentrum politischer Geschäftigkeit geworden. Ein Besuch löst den anderen ab, und jeder hat gewiss etwas Wichtiges zu sagen. Von Urlaub kann für den vielbeschäftigten Bundeskanzler unter solchen Verhältnissen keine Rede sein. Zu Hause, das heißt in Bonn, läßt Adenauer Herrn Erhard, seinen nominellen Stellvertreter, aber nicht von ihm gewünschten Nachfolger, schalten und walten. Die vielen Besuche in- und ausländischer Politiker in Cadenabbia vermitteln das Bild eines Staatslenkers, der auf der Höhe steht, umsichtig die Fäden zu festen Knoten knüpft und souverän eine, für den normalen Sterblichen, nicht überschaubare Entwicklung beeinflusst.

Ist dieses Bild richtig, stimmt es mit der Realität des Herbstes dieses Jahres überein, haben wir wirklich eine feste, Vertrauen ausstrahlende Führung? Schon diese Frage zu stellen, heißt sie verneinen. Blosser Geschäftigkeit ist kein Ersatz für eine Führung in stürmischen Zeiten. Adenauer hat sich vorbehalten, vor dem Bundestag am 9. Oktober eine Regierungserklärung zur aussen- und innenpolitischen Lage abzugeben. Mit dem Wiederezusammentritt des Bundestages beginnt das zweite Jahr der Legislaturperiode des vierten Kabinetts Adenauer. Das erste Jahr war ein verlorenes Jahr, es stand ganz unter dem Eindruck einer nur mühsam zustandegekommenen Koalition, die sich erst zusammenraufen mußte. Nicht ein einziges bedeutsames Gesetz hat sie bisher zustandegebracht. Die Koalition wird nur zusammengehalten durch den Wunsch, die von Erfolg zu Erfolg schreitende Sozialdemokratie von den Toren der Regierungverantwortung fernzuhalten.

Gleichzeitig ist sie jedoch unsicher, ob dieses Rezept, ein Rezept des Negativen, auf die Dauer durchgehalten werden kann. Was wird nach Adenauer sein? - Niemand weiß es. Aber alle, sowohl die Freien Demokraten als auch die Unionsparteien stellen sich darauf ein und scheuen sich nicht, diese Frage in aller Öffentlichkeit zu erörtern. Wir haben einen Bundeskanzler auf Abruf, einen Bundeskanzler, dessen eigene Partei zerrissen wird von dem Zwiespalt, unbedingte Treue zu ihm zu halten, aber sich auch schon auf die Zeit nach ihm einzustellen.

Dieser Zwiespalt wird immer sichtbarer, er belastet noch mehr als die Drohungen des Herrn Chruschtschow die deutsche Politik. Die deutsche

Politik bracht aber ein klares Bild und eine Darstellung, die über jede Zweideutigkeit erhaben sein muss. Was wir brauchen, ist Redlichkeit und Offenheit nach allen Seiten.

Die Russen müssen wissen, dass sich das deutsche Volk, soweit es sich frei entscheiden kann, nicht zu einem Bauern in ihrem weltpolitischen Schachspiel hergibt; die Vereinigten Staaten, der Hauptverteidiger unserer Freiheit und der Freiheit der westlichen Welt, dürfen nicht das Gefühl bekommen, in der Bundesrepublik einen von Zweifeln und Misstrauen erfüllten Partner zu haben.

Aber was erlebten wir in diesen vergangenen Wochen und Monaten? Hinter uns haben wir eine völlig überflüssige, alle nur irritierende zu nichts führende, aber die Kennedy-Regierung in ein bestimmtes Zwielicht geworfene Diskussion, ausgelöst durch den Verteidigungsminister dieser Bundesregierung, über die neue militärische USA-Konzeption. Vor uns haben wir die erregende Erörterung der Frage des Beitritts Grossbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die Bereitschaft Londons, von den USA gefördert, willkommen geheissen und als lebenswichtig für die freie Welt angesehen, begegnet im Regierungslager nicht überall dem gleichen Enthusiasmus. In seinem Brief an den Hamburger Bürgermeister Neveumann hat Bundeskanzler Adenauer die gleichen Bedenken und Argumente wiederholt, wie seinerzeit bei seinem verunglückten Fernsehauftritt, der Grossbritannien verbitterte und gewisse Fragezeichen in die deutsche Politik setzte. Nach glaubhaften Meldungen hat der Bundeskanzler grosse Abstriche an der Rede seines Aussenministers Schröder vorgenommen, die dieser in der Beratenden Versammlung des Europarates gehalten hat und in der die Frage eines Beitritts Grossbritanniens zur EWG im Mittelpunkt stand. Was sollen solche Bedenken des Bundeskanzlers? Man hat noch nie gehört, dass ähnliche Einwände in solcher Schärfe und betonte Kühle gegen Frankreich und die Aspirationen der französischen Landwirtschaft erhoben worden wären.

Wir brauchen eine klare, übersichtbare, zielbewusste, vom Zwielicht freie deutsche Politik. Wenn die Regierungstätigkeit Adenauers in seinem Urlaubsort Cadenabbia dazu beiträgt, der deutschen Politik in zweiten Jahr dieser Legislaturperiode Kontur und Zielrichtung zu geben, dann wäre alles in Ordnung. Freilich, blosser Geschäftigkeit ist noch keine Politik. Vorläufig sind wir noch Zeuge der verschiedensten Interpretationen dessen, was sich in Cadenabbia abspielt. Wird die Regierungserklärung das Dunkel erhellen, das heute über manchen Fragen der deutschen Politik liegt?

+ + +

Entlarvte SED-Propagandaplattform

Von E. Zachmann, Berlin

Es hätte keine bessere Illustrierung der Hintergründe und politischen Absichten des sogenannten "Evangelischen Pfarrertages" in Ostberlin geben können, als die Tatsache, daß am Mittwoch, dem letzten Tag des Kongresses, der SED-Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, eine grössere Gruppe der Tagungsteilnehmer, darunter vor allem Geistliche aus den "Volksdemokratien", an die Schandmauer in Berlin führen durfte, wo er zur vollsten Zufriedenheit Ulbrichts Beifallskundgebungen registrieren konnte.

Selbstverständlich liessen sich die kommunistischen Zeitungen diese Propagandachance nicht entgehen. Konnte es überhaupt etwas Willkommeneres für die SED-Propagandisten geben, als ein Loblied auf dieses Schandmal des unmenschlichen kommunistischen Regimes aus dem Mund von hohen evangelischen Geistlichen?

Der polnische evangelische Bischof Dr. Mantula erklärte: "Von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, ist die Sicherung dieser Grenze eine Notwendigkeit. Sie ist ein Schutz, der unsere Aufbauarbeit ermöglicht und auch dem polnischen Volk die Möglichkeit gibt, in Frieden zu leben." Der Bischof der slowakisch-lutherischen Kirche, Dr. Katlovski, liess es sich nicht nehmen, dem NVA-Hauptmann der Wache am Brandenburger Tor herzlich zu danken: "Denn diese Wache hält er auch für uns." Und der Vertreter der evangelischen Kirche in Ungarn, Bischof Dr. Veto, dem genausowenig wie seinen Kollegen aus Polen und der Slowakei die vielen Todesopfer der kommunistischen Mordanschützen unbekannt geblieben sein können, verteidigte sich sogar zu der Erklärung: "Was wir hier sehen, ist eine unausweichliche Notwendigkeit im Interesse des Friedens, ein Mittel, das dem Frieden dient, und daher ein geeignetes Mittel."

Niemand, der in dem "Evangelischen Pfarrertag" in Ostberlin vielleicht einen Versuch erblickt, sich aus christlicher Verantwortung um die Bewältigung der politischen Probleme zu bemühen, wie sie heute für die Menschen in der Zone gegeben sind, kann dieses entlarvende Loblied von Teilnehmern des "Pfarrertages" überhören. Die uninge-

schränkte Zustimmung zu der Schandmauer und den Verbrechen, die an ihr und unter ihrer Schutz begangen werden, muss diese Ostberliner Konferenz, an der von den etwa 6 000 evangelischen Geistlichen der Zone nur 200 teilnahmen, jedem als eine Veranstaltung im Dienst der SED-Politik erscheinen.

Das Hauptthema des "Pfarrertages, "Der rechte Weg der Kirche in der sozialistischen DDR", erscheint so in einem Licht, das keinen Zweifel mehr an der hintergründigen Absicht der Arrangure übrig läßt: Die evangelische Kirche soll für eine uneingeschränkte Unterstützung der kommunistischen Politik, für den Aufbau dessen, was Pankow "Sozialismus" nennt, gewonnen werden. Der Hauptreferent des "Pfarrertages", der tschechische Professor Dr. Hronádka, machte das bezeichnenderweise in seinem Schlußwort sehr deutlich. Nach Ostberliner Presseberichten "wies er auf die Gefahr hin, in der sich Menschen befänden, die den sozialistischen Umbruch nicht ernst nehmen, sondern eine abwartende Stellung beziehen. Sie würden sowohl in ihrem Glauben als auch in ihrem politischen Denken zugrundegehen."

+ + +

#### Amateurstrategisches

ep- Dem fußkranken Sarkasmus eines CDU-Witzboldes entstammt der Rohrkrepiere-Begriff "Amateurstrategie", mit dem man den Hamburger Innenminister und SPD-Wehrexperthen Helmut Schmidt auszupunkteten hoffte. Kaum jemals zuvor hat sich die Dummheit der CDU-Währungsgehilfen so blamabel enthüllt, wie in diesem billigen Angriff, der einen verhassten, weil sachlich und fachlich überlegenen Gegner in Lächerlichkeit untergehen lassen sollte.

Der Mann, den man zum "Amateurstrategen" degradieren wollte, versteht, was keines Nachweises bedarf, seine Sache, er geht an die Probleme der Verteidigung der freiheitlichen Demokratie mit dem leidenschaftlichen Ernst eines Menschen heran, der sich aus innerer Verpflichtung seiner Aufgabe und seinem Volke zutiefst verantwortlich weiß. Wenn man diesen Mann einen "Amateurstrategen" schimpft, wie soll man dann Männer aus dem Koalitionslager wie Dr. Jäger, Klüssing, Stoltenberg und Kreitmeyer bewerten? Sind alle diese politischen CDU/CSU und FDP-Köpfe des Verteidigungsausschusses des Bundestages auch nichts anderes als "Amateurstrategen"? Und sprengt der CDU-Schreiber mit seinem Rohrkrepiere nicht auch das wehrpolitische und wehrstrategische "Idol" der Unionsparteien, den Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, als "Amateurstrategen" in die Luft? ! Denn auf die Idee, aus dem Kriegs-Flakoberleutnant der Reserve außer Diensten etwa einen "Berufsstrategen" machen zu wollen, wird doch hoffentlich auch bei der CDU/CSU keiner kommen. Es sei denn, er lebe im Schlagschatten des Presse-Obersten Schmückle, der den SPD-Wehrexperthen Helmut Schmidt vorwarf, er hätte die NATO-Strategie nicht begriffen. Da wollen wir Deutsche aber allesamt froh sein, daß wir uns des guten Gerd Schmückle noch eine Weile erfreuen dürfen, bevor er als Strauß-geförderter General gen Washington entflucht und uns in strategischem Unwissen zurückläßt. Bis dahin aber, Freunde und Amateurstrategen, laßt uns noch ein Weilchen frohgemut nach der Parole leben: "Kast Du Schmückle in der Stube, fließt NATO-Wissen aus der Tube !"

+ + +